

Der Gesetzesentwurf wäre den übrigen Gebietskörperschaften mit ausreichender Frist zur Stellungnahme zu übermitteln.

Im Übrigen wird auf Seite 5 des gemeinsamen Durchführungsrundschreibens des Bundeskanzleramtes und des Bundesministers für Finanzen zur Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, GZ 603.767/1-V/1/99, vom 19.2.1999 hingewiesen.

25 Abdrucke der ho. Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

19. April 1999

Für den Bundesminister:

Dr. Steger

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung: